

Zigaretten

Zuerst die Bastelstunde

Selbstgesteckte Zigaretten, billig für den Raucher, lösen einen bitteren Streit unter den Herstellern aus.

Wann immer Ulrich Herter im Bonner Finanzministerium auftauchte, ging es nur um das eine: Jahrelang versuchte der Chef der Hamburger Tabakfirma BAT (HB, Lucky Strike), Politiker wie Bürokraten von allzu drastischen Anhebungen der Zigarettensteuer abzuhalten.

Jetzt überraschte Herter die Bonner mit einer ganz neuen Idee. Eindringlich forderte er Finanzminister Theo Waigel auf, Tabaksteuern heraufzusetzen – und zwar schnell.

„Wenn Bonn nicht reagiert“, so der ehrenamtliche Vorsitzende des Verbandes der Zigarettenindustrie, „dann entgehen dem Fiskus in den kommenden Jahren etliche Milliarden.“

Die Sorge des BAT-Managers gilt nicht der deutschen Staatskasse. Herter will vielmehr der Konkurrenz eins auswaschen – und zwar kräftig.

Zwei Mitbewerber nämlich haben einen Weg gefunden, sparsame Raucher zu locken. Die Zigarettenkonzerne Reemtsma und Brinkmann brachten eine neue Art Zigaretten auf den deutschen Markt, sogenannte Tobacco-Rolls. Der Konsument übernimmt den letzten Produktionsgang – er steckt mit porösem Papier umwickelte Tabakröllchen in separate Filterhülsen und spart durch diese geringe Mühe eine Menge Geld.

Der Trick: Bonn kassiert für solche Steckzigaretten deutlich weniger Steuern. Die unwickelten Röllchen gelten in Deutschland fiskalisch als Feinschnitttabak, wie er für selbstgedrehte Zigaretten benutzt wird.

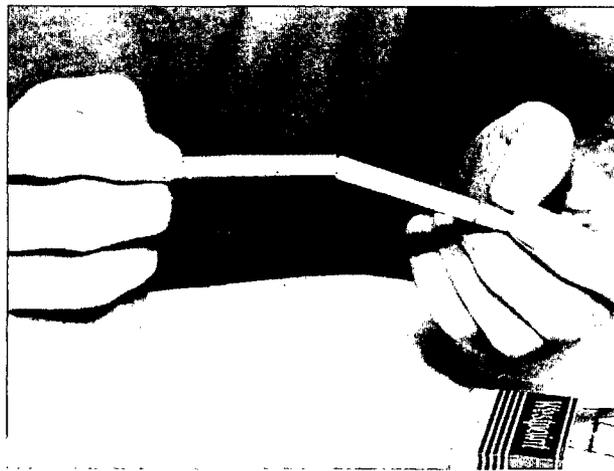
Während für übliche Zigarettenmarken mehr als 70 Prozent des Kaufpreises an den Staat abgeführt werden, sind es bei den Tobacco-Rolls nur rund 35 Prozent. So kostet eine Zigarette der Sorte Marlboro oder Camel inzwischen 24 Pfennig, eine Steckkulle die Hälfte.

Die Sparmodelle Marke West Quickies von Reemtsma und Westpoint von Brinkmann stießen bei den Rauchern auf reges Interesse. Rund 700 Millionen Tobacco-Rolls (mehr als 500 Tonnen Feinschnitt) wurden allein im vergangenen Monat von Rauchern in Hülsen gedrückt.

Von den 146 Milliarden jährlich in Deutschland verkauften Zigaretten ist bereits jede 17. selbstgesteckt. Die fertige West-Quickie sieht aus wie eine West, schmeckt fast wie eine West – und starke



Reemtsma-Manager Staby: Bonn billigte das Sparmodell



Selbstgesteckte Zigarette: Sparmodell auf Steuerkosten

Raucher sparen pro Monat um die 100 Mark.

Hersteller Reemtsma kann das nur recht sein. Die Gewinnspanne ist gleich hoch, ganz gleich ob Quickie oder Original-West gekauft wird. Der Niedrigpreis ist quasi eine Bonner Subvention für Raucher, die ihr Laster trotz schwachen Einkommens nicht aufgeben möchten.

Die Konkurrenz schäumt. Nicht nur BAT-Manager Herter fordert den Finanzminister zum Eingreifen auf, auch Philip Morris in München drängt Waigel, die Steckvariante schnellstens wie eine normale Fabrikzigarette zu besteuern. Denn immer mehr Raucher greifen statt zu Marlboro oder HB zur Billigvariante der findigen Wettbewerber. Das schmerzt.

Doch Bonn steht im Wort. Reemtsma-Chef Ludger Staby hatte sein Sparmodell vor dem Start in Bonn billigen lassen. „Wir mußten sichergehen“, so

Staby. Schließlich kostet die bundesweite Einführung eines solchen Produkts rund 100 Millionen Mark.

Es handele sich, so das Ergebnis einer Prüfung der zuständigen Ressorts für Finanzen und für Wirtschaft, eindeutig um ein steuerbegünstigtes Halbfertigprodukt. Sogar bis ins Jahr 2006 sollte der niedrige Steuersatz festgeschrieben werden. Einen nennenswerten Schwund für den Staatshaushalt, dem

jährlich rund 20 Milliarden Mark Tabaksteuern zufließen, fürchteten die Bonner Experten nicht.

Auch Produzenten wie Philip Morris oder BAT sahen den Quickies-Start zunächst gelassen. „Der deutsche Raucher will ein fertiges Produkt“, höhnte ein Manager, „und nicht vor dem Griff zur Zigarette eine Bastelstunde abhalten müssen.“ Teurer Irrtum.

Der Fall beschäftigt inzwischen sogar die Europäische Gemeinschaft in Brüssel. Holland hatte interveniert. In den Niederlanden sind die Tobacco-Rolls schon seit längerem auf dem Markt. Dort allerdings werden sie wie normale Zigaretten versteuert.

Die EG-Finanzminister einigten sich jetzt in Brüssel auf einen Kompromiß in Sachen Tabakröllchen. Danach gilt die Billigsteuer nur noch bis 1998.

Doch damit ist die Reemtsma-Konkurrenz längst nicht zufrieden. Philip

Morris und BAT wollen die Gleichstellung der Zigaretten bereits von 1993 an.

Reemtsma-Chef Staby drängt den Finanzminister, stark zu bleiben. „Wir sind doch keine Bananenrepublik“, so Staby, „in der verbindliche Zusagen von heute auf morgen für nichtig erklärt werden können.“ Zudem müsse auch an die sozial schwachen Raucher gedacht werden, denen mit den Selbstgesteckten eine gute Alternative geboten werde.

Um die sozial Schwachen sorgt sich inzwischen auch die Konkurrenz: Philip Morris plant, ein Sparmodell seiner Marlboro in den Wettbewerb zu schicken, BAT hat eine steuersparende Steckausgabe seiner HB bereits fertig entwickelt.

Energie

Endgültig tot

Die westdeutschen Stromkonzerne wollen bei der ostdeutschen Braunkohle einsteigen – aber nur zu ihren Bedingungen.

Das Schlimmste ist die Ungewißheit. 14 Jahre hat Armin Grünewald in dem gigantischen Loch zugebracht, das Schaufelradbagger in die Lausitz gefressen haben. Jetzt wartet der Familienvater auf seine Kündigung. „Immerhin“, sagt er bitter, „hätte ich dann Klarheit.“ Der Grube Meuro droht die Schließung – und nicht nur ihr. Wie Baggerführer Grünewald fürchten rund 70 000 Kumpel in den ostdeutschen Braunkohlerevieren um ihren Job.

Seit rund einem Jahr versucht die Treuhand, ihre beiden Tagebauunter-

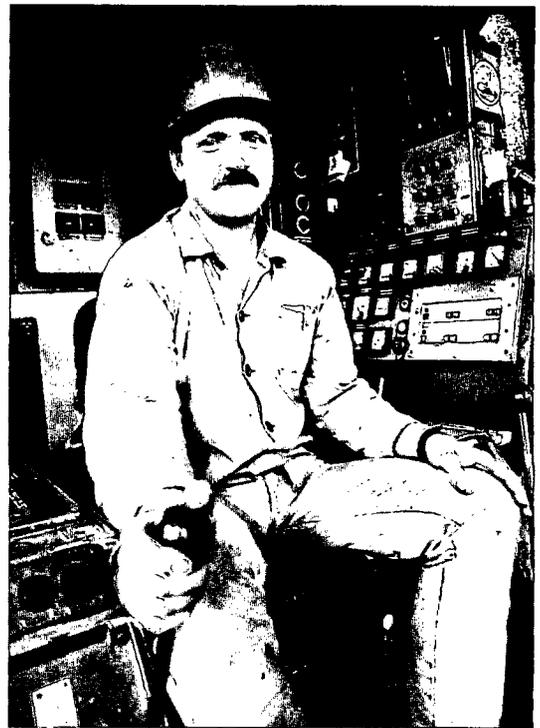
nehmen Laubag und Mibrag zu verkaufen. Es gibt aber nur einen ernsthaften Interessenten, und der will der Treuhand seine Konditionen diktieren.

Der Bieter ist ein Konsortium der Stromkonzerne RWE, PreussenElektra und Bayernwerk, die Führung hat die Kölner Rheinbraun. Allerdings will die RWE-Tochterfirma bislang nur einen Teil der ostdeutschen Tagebaue haben: die Lausitzer Braunkohle AG (Laubag) in Senftenberg.

Im Mai legte die Rheinbraun ein „Konzept zur Privatisierung der Braunkohleindustrie“ vor. In diesem Papier ist vom Kauf der „dauerhaft überlebensfähigen Tagebaue und Veredelungsbetriebe“ der Laubag die Rede. Die andere Hälfte der ostdeutschen Braunkohleindustrie, die Mitteldeutsche Braunkohlen AG (Mibrag) in Bitterfeld, kommt in dem Konzept nicht vor.

Die Rheinbraun stützt sich auf ein Gutachten der Lausitz-Mitteldeutschen Braunkohle Beratungsgesellschaft (LMBB), das nur die Laubag als profitabel einschätzt. Doch die LMBB ist eine Tochterfirma der Rheinbraun, sie wurde 1989 eigens für die Bewertung der ostdeutschen Tagebaue gegründet.

Die Treuhand gab deshalb ein Gegengutachten in Auftrag. Die Experten von McKinsey kamen zu einem ganz anderen Ergebnis: Zumindest zwei der Mibrag-Tagebaue, behaupten sie, seien besser als die der Laubag. In Profen und Schleenhain, südlich von Leipzig,



Baggerführer Grünewald
Die Stimmung ist explosiv

sei die Verstromung der Braunkohle günstiger als in der Lausitz.

Warum die Rheinbraun dennoch nichts von der Mibrag wissen will, versteht bei der Berliner Anstalt niemand. „Die haben sich einfach zu früh auf die Laubag festgelegt“, glaubt Helmut Ballon, Treuhand-Direktor Bergbau, „und jetzt will keiner den Fehler eingestehen.“

Treuhand und Landesregierungen wollen auf keinen Fall zulassen, daß die Laubag allein privatisiert wird. „Dann“, so ein Mibrag-Vorstandler drastisch, „sind wir endgültig tot.“

Die Angst ist berechtigt, denn mit der Braunkohle läßt sich gewinnbringend nur eines machen: Strom. Aber den kann nur gebrauchen, wer die Kraftwerke und das Verteilernetz hat.

In Ostdeutschland ist das die Vereinigte Energiewerke AG (Veag) in Berlin. Die wird von eben den westdeutschen Stromerzeugern kontrolliert, die um die Laubag feilschen. Schon im August 1990 hatten sie sich von der Ost-Berliner Wenderegierung im sogenannten Stromvertrag die DDR-Energiekombinate zusichern lassen.

Das Monopol der West-Konzerne und ihrer Veag könnten allenfalls noch die Richter des Bundesverfassungsgerichts aufbrechen. Im Herbst entscheiden sie über eine Klage von 163 ostdeutschen Kommunen, die ihre Stadtwerke und vor allem die Stromnetze



Treuhand-Präsidentin Breuel*: Bewegung im Milliardenspiel

* Mit Mibrag-Chef Klaus-Dieter Bilkenbach (l.) und Treuhand-Manager Helmut Ballon, Anfang Juni in Profen.